



Der Sozialist beschlägt laut stotternd überreissen.

hungers zeigen, wer wirklich den Kampf will und wer auf Seiten der Bourgeoisie steht. Ebenso wie die Bourgeoisie unter Führung des Trustkapitals durch die schärfste Offensiv gegen die Werkstätigen die Voraussetzungen für die Bildung der Bürgerblockregierung schuf, so müssen auch die Werkstätigen durch den revolutionären außerparlamentarischen Kampf den Sturz der Bürgerblockregierung durchführen.

Einheitsfront des Proletariats im Klassenkampf gegenüber der Einheitsfront der Großindustriellen und Agrarier!

## Keine Amnestie für politische Gefangene

Nur „Gnade“ zugesagt

Berlin, 29. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Reichsausschuss des Reichstages beschloß sich heute mit dem bereits seit dem Herbst vorigen Jahres vorliegenden Amnestiegesetz für alle revolutionären Arbeiter, die wegen sogenannter schwerer Vergehen noch zu hunderten hinter den Kerlen der deutschen Republik sitzen, völlige Amnestierung vor. Nachdem im Februar dieses Jahres auf Betreiben der Bürgerblockregierung die Verhandlungen verstagt wurden, und der Regierung Gelegenheit zur Ausarbeitung einer Denkschrift über die Amnestiefrage zu geben, wurde nunmehr diese Denkschrift von Seiten der Bürgerblockregierung dem Reichstag zugeleitet.

Sie behauptet, daß von einer Amnestie keine Rede sein könne. Der Genosse Höllerin begründete in der heutigen Sitzung des Reichsausschusses ausführlich den kommunistischen Gesetzentwurf. Von Seiten der Regierungsparteien ließ ein eigener Antrag ein, der sich zwar für eine „allgemeine Begnadigungsmöglichkeit“ ausspricht, jedoch die Prüfung zwecks Entzettelung nur in den Fällen erwünscht, wo Arbeiter aus sogenannten „Inertialtheit, Verirrung oder Unkenntnis“ gehandelt hätten. Selbstverständlich lehnte die Bürgerblock-Koalition den kommunistischen Antrag ab und nahm den nicht-liegenden Antrag der Regierungsparteien, der zu allem noch die Begnadigung der Geschädigten oder Festung verurteilten Kommunisten ausnimmt, an.

## Die „Standesherren“ werden aufgewertet

Berlin, 29. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Bei der gestrigen Sitzung des Reichsausschusses des Reichstags nahm der Reichsjustizminister Hergt auch Stellung zu den Auswertungsansprüchen der „Standesherren“. Nachdem diese völlig zu Unrecht jahrelang für durch die gesellschaftliche Entwicklung längst befehligen „Rechte“ vom Staat ganz erhebliche Beläge erhalten haben, trat der deutschnationalen Justizminister nunmehr völlig für die Ansprüche dieser Faulenzer ein und erklärte, ihre Ansprüche mühten nach Taten und Glauben entschieden werden. Seiner Meinung nach soll eine besondere richterliche Stelle, ein Schiedsgericht bei einem Senat des Reichsgerichts geschaffen werden, das über die Ansprüche der „Standesherren“ zu entscheiden habe. Hergt kennt seine Pappenhimer und weiß, daß die Interessen der Faulenzerklasse nirgends höher aufgehoben sind, als beim Reichsgericht in Leipzig, das seine Arbeiterfeindschaft reichlich genug bewiesen hat.

## Freispruch im Buchhändler-Prozeß

Leipzig, 30. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts, der gestern erneut gegen den Buchhandlungsgeschäftsführer Franz Brätschneider aus Frankfurt a. M. verhandelte, mußte den Angeklagten freisprühen.

## Villenbau-Spione hingerichtet

Moskau, den 29. Juni.

Tatjewitsch und Samotija, zwei polnische Spione, die auf dem Gebiet der Sowjetunion Spionage zugunsten des polnischen Generals traten, wurden in einer außerordentlichen Session des Gerichtshofes für Polenien in Schitomir zum Tode verurteilt. Das Urteil ist bereits vollstreckt.

Ein ehemaliger Offizier der polnischen Armee namens Molka, auf dessen Befehlheimerheit über 80 Männer erschossen wurden, wurde vom Gerichtshof zu Wyska zum Tode verurteilt.

## Wohnungsnot in Sachsen

Die Regierung hat dem Landtag eine seit langer Zeit erwartete Denkschrift über die Wohnungsnot in Sachsen zugehen lassen. In dieser Denkschrift sind die Ergebnisse der Wohnungszählung vom 8. Oktober bearbeitet worden. Wenn man noch dieser „Bearbeitung“ geht, dann ist die größte Wohnungsnot in einigen Städten in 1½ Jahr, in ganz Sachsen in 2 Jahren 1 Monat beseitigt. Zu solchen Ergebnissen kommt die Denkschrift aber nur wegen der rein formalen Methode, mit der die Vergleiche angestellt werden. In erster Schalter man einfach alle die Familien unter 3 Köpfen aus der Zahl der Wohnungsbefürwortigen aus. Dann rechnet man den ständig erfolgenden durchschnittlichen Zuwachs nicht ein, sondern nimmt das Ergebnis der Zählung vom 8. Oktober als feststehend. Dass das Ergebnis also absolut nicht stimmt, ist klar. Die Denkschrift gibt als dringend fehlende Wohnungen solche für 3- und mehrköpfige Familien an, die entweder getrennt oder bei Verwandten oder in Untermiete oder Zivileinquartierung wohnen. Dabei kommt sie zu dem Ergebnis, daß die Zahl der

dringend fehlenden Wohnungen 44 879 beträgt.

Um diese Zahl zu erreichen, hat man einfach alle anderen Wohnungsbefürworten außer Betracht gelassen. Es fehlen nach der Denkschrift insgesamt am Oktober 1928 in Sachsen 136 922 Wohnungen. Das heißt, daß diese Zahl vollständig sei, wogegen selbst die Denkschrift nicht zu behaupten, sie schreibt vorstichtig: „136 922 Wohnungsbedürftige haben einen Aufnahmedaten ausgefüllt“. Die Bogen wurden den aus der Wohnungsbefürworten zugestellt. Auch hier kann sich also ein starker Mangel ergeben. Aus dem dringenden Bedarf an Wohnungen wurden ausgeschlossen die Wohnungsbefürworten, die durch Abmumurkosten aus ihrer Wohnung herausgezogen werden, das sind nach der Denkschrift 3249, ebenso wenig eingerechnet wurden geflüchtete Wertwohnungen 2219 und die als gesundheitlich schädlich bezeichneten Wohnungen 4867. Zu dem dringenden Bedarf muß man aber auch hinzurechnen die Notwohnungen, welche mit 1250 angegeben werden. Rechnet man diese Zahlen mit ein, dann ergibt sich aber schon

55 565 dringend fehlende Wohnungen.

Legen wir aber die Berechnung der Denkschrift weiter zu grunde, so erklärt diese, daß auf 1000 Einwohner 8,99 Wohnungen dringend fehlen. Von 1000 Personen benötigen also 8,99 dringend eine Wohnung. Insgesamt, so können wir annehmen, sind auf 1000 Einwohner 120 wohnungslos. Dieses Ergebnis

## Unter der Maste der Fürstengegnerschaft

Demagogisches Zusammenspiel zwischen SPD, Demokraten und Bürgerblod

Berlin den 30. Juni.

Im Reichstag wurde heute der sozialdemokratisch-demokratische Gesetzentwurf zur Verlängerung des Sperrgesetzes für Fürstenabfindungsprozesse in zweiter und dritter Lesung erledigt. In der Abstimmung wurden für den Gesetzentwurf 233 Stimmen abgegeben, dagegen 167 bei 2 Enthaltungen. Mit der Opposition stimmte auch das Zentrum für den Gesetzentwurf.

Präsident Voebel stellte fest, daß der Gesetzentwurf die erforderliche Zweidrittelmeinung nicht erhalten habe. Da in der Einleitung ausdrücklich festgestellt sei, daß das Gesetz verfassungändernd sei, müsse es als abgelehnt gelten.

KPD. Berlin den 30. Juni 1927.

Die sozialdemokratische Führung hat in der Frage der Fürstenabfindung seit der Novemberrevolution eine so schwankende und ständig wechselnde Haltung eingenommen, daß die eigene Anhängerhaft über die auf Grund der SPD-Haltung immer unverhältnismäßig werdenenden Fürstenforderungen statt empört sind. Scheinbar um sich vor den Arbeitern zu rehabilitieren, forderte die SPD im Verein mit den Demokraten in einem Antrag, die Verlängerung des Fürstenpfergesetzes. Dieser sozialdemokratisch-demokratische Antrag ist jedoch nicht ernst gemeint, sondern auf die Täuschung der Massen zugeschnitten, wie die Reichstagslogenflügel bestimmt. Im Leitartikel des Vorwärts vom Donnerstagvormittag heißt es, daß die Rechtsparteien vorheugen auf den verfassungändernden Charakter des Sperrgesetzes hinzuweisen, um eine Zweidrittelmeinung im Reichstag für erforderlich zu erklären. Der Vorwärts schreibt weiter, daß die Minister Hergt und Krebs von geheimnisvollstümlichen Leuten sich ein entsprechendes Gutachten besorgen würden. Und dann heißt es wörtlich: „Aber weder reaktionäre Parteidolatr noch juristisch tüchtige können davon etwas ändern, daß die Verlängerung des Sperrgesetzes sich im Rahmen der Verfassung hält...“ Auch der sozialdemokratische Reichstagsredner Rothenfeld erklärte im Plenum am Schlus seiner Rede, daß der eingebrachte Gesetzentwurf keine Verfassungsänderung bedeute, sondern mit einfacher Mehrheit angenommen werden könnte.

Ganz im Gegensatz zum Vorwärts und zum Abgeordneten Rothenfeld besagt der sozialdemokratisch-demokratische Antrag in seiner Einleitung selbst, nachdem zur Vermeidung von Zweidritteln festgestellt ist, daß die Erfordernisse verfassungändernder Gesetze erfüllt sind. Von diesem Gesichtspunkt aus gesehen, entpuppt sich die radikale Rede des Sozialdemokraten Rothenfeld gegen die Fürstenforderungen und gegen die mittelalterlichen Standesherren als erbärmliche Heuchelei.

für die Kommunistische Partei stellte (drei Nonnen auf der Trinität befreuzigen sich!)

Genosse Neubauer

sie: Bei den Verfassungsfeiern zum 8. Geburtstag der deutschen Reichsverfassung am 11. August werden die sozialdemokratischen Parteien eine für die Republik bezeichnende Feststellung machen: je älter diese Republik wird, desto mehr werden die Fürsten. Diese Unterhändigkeit der Fürsten charakterisiert nicht nur den Monarchismus, sondern auch die Republik, die den Forderungen der Fürsten und mittelalterlichen Standesherren trotz des tiefsen Elends von Millionen Menschen entgegenkommt. Die Heldenster aus dem Mittelalter, die im Jahre 1227 Schadenerfall fordern, für verlorene Brabantbühner, Braunschweiger, Habsburgsche Habsburger, sind merkwürdig wie starker als die ganze deutsche Republik von 1927.

Genosse Neubauer führt eine Reihe von Beispiele an und zeigt insbesondere auf, wie der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen im Jahre 1803 durch Napoleon früheres Kirchengut übertragen erhält, später sein ganzes Land durch einen Vertrag an den preußischen König abtrat, und mit dem preußischen König einfach vereinbart, daß die Landesdomänen Privat Eigentum des Sigmaringers werden. Dieser Hohenzoller verzögerte noch 75 000 Mark jährlich Standesrente von Preußen.

Die Sozialdemokratie hat, wie auf dem Kieler Partitag festgestellt wurde, kündig eine zweifelhafte Haltung in der Fürstenfrage eingenommen. Nur dadurch sind wir in die heutige Lage gekommen. Die SPD hat niemals die Massen der Arbeiterschaft eingekämpft und wird sie nie einziehen, daß wir Kommunisten unser Ziel in der Auseinandersezung für die Rechte der Arbeiterschaft, womit gleichzeitig alle Überreste einer feudalen Vergangenheit allein aus dem Wege geräumt werden können. Lebhafte Beifall bei den Kommunisten.

Und nun enthüllt sich klar das demagogische Zusammenspiel zwischen Sozialdemokraten, Demokraten und dem Bürgerblod. In der Abstimmung stimmen 233 Abgeordnete für das Gesetz gegen die Fürsten und nur 167 dagegen. Das Zentrum kann es sich leisten, aus dem Rahmen des Bürgerblods auszutreten und gegen die Fürsten — ich bin hier! — einzutreten. Der sozialdemokratische Reichstagspräsident Voebel entpuppt sich als Doppelspiel, indem er das Sperrgesetz für gelehrt!! erklärt, weil die Antragsteller in der Einigung des Gesetzes von Verfassungsänderung sprachen. Eine endlose Komödie und ein lehrreiches Schauspiel für die Arbeiterschaft.

Heute Freitag den 1. Juli wird außer den Anstrengungen der kommunistischen Amnestieantrag verhandelt.

## Kommunistenhat in Norwegen

Ost, den 1. Juli. (Eigene Drahtmeldung.)

Auf Betreiben des englischen Gesandten beim norwegischen Außenminister hat die Polizei in Oslo gestern mittag Gebäude der kommunistischen Parteileitung und des kommunistischen Zentralorgans besetzt und eingehende Haussuchungen vorgenommen. Eine Anzahl von Genossen wurde verhaftet, darunter der norwegische Parteivorsitzende, der Chefredakteur und der Redaktionssekretär. Die Polizei suchte eifrig englisch gedruckten Aufrufen zur Meuterei und Blätter, die von den Kommunisten angeblich an die Matrosen zahlreich im Hafen liegenden englischen Zeppelins gesetzt worden seien. Bereits am Dienstag sollen im Osloer Hafen größere antiimperialistische und antienglische Demonstrationen stattgefunden haben, an denen sich auch ein Teil der englischen Matrosen mit roten Fahnen beteiligte.

## Der Ozean erneut überschwängt

Die bürgerliche Presse hat wieder eine große Sensation, dem Lindbergh mit seinem Flug die Strecke Neu York-Bayreuth zum ersten Male glücklich überwlogen hatte und Chamberlain mit seinem Passagier Levine den Reform überwob, hat nun anderer Amerikaner den Ozean überschwängt. Der bekannte polarsieger Byrd, der als erster im Flugzeug den Nordpol überflog, ist am 29. Juni 5,30 Uhr bei günstiger Witterung mit Begleitern in Neu York zu einem Flug Neu York-Wien gestiegen. Byrd wollte mit seinem Flug den Beweis erbringen, daß mit seinem Fluge eine neue Ära der Flugmöglichkeit begonnen hat. Aus dem sportlichen Ereignis des Transatlantikflugs erfüllte er den praktischen Dauerflug ersteilen lassen. Byrd ist mit größter Sorgfältigkeit vorbereitet. Byrd hat nur reichlichen Benzinsvorrat und genügend Lebensmittel Bord, sein Flugzeug ist auch, was bei den üblichen Fliegern der Fall war, mit einer großen Sendestation ausgerüstet. Byrd fliegt „Amerika“ ist ein dreimotoriger Propellerflugzeug. Durch die Vielzahl der Motoren erlangt Byrd die Sicherheit, die er haben muß, wenn er zu entzündigen Einrichtung eines Passagier- und Postwertschiffes Europa und Amerika ausgebaut werden soll. Der Rumpf der „Amerika“ fährt 600 Liter, die zu einem fünfzigjährigen Flug ausreichen. Außerdem führt der Apparat ein großes Boot an Bord, das bei einem Verlust der Flieger und die Passagiere über Wasser halten soll.

Nach den neuesten Meldungen ist dem Flieger dieeanflug gut gegliedert. Er befand sich heute nach 1 Uhr in Nähe von Paris. Ein ausgesangener Funkspruch besagt, daß Byrd bereit habe und nicht wisse, wo er sich befindet. Darauf sei zerbrochen und eine Orientierung unmöglich geworden. Er sucht einen geeigneten Platz zur Landung. Das Flugzeug ist für drei Stunden Benzin.

Byrd wollte bis Wien fliegen

Wien, 30. Juni. (Tel.)

Die österreichische Luftverkehrs-Gesellschaft hat aus einem Radiotelegramm erhalten, wonach Byrd auf jeden Fall zu Wien fliegen will. Sollte ihm der Benzinverbrauch auf der Rückfahrt zu hoch werden, so werde er zu kurzem Aufenthalt in Bayreuth zurückkehren, um seinen Betriebsstoff zu ergänzen, um weiter zu fliegen. Die österreichische Luftverkehrs-Gesellschaft hat auf dem Flugfeld Noppen alle Vorbereitungen zum Flug des gesetzten.

## Byrd gelandet

Paris, 1. Juli. (Tel.)

Die Presse teilt mit, daß Byrd im Département 270 Kilometer von Paris entfernt, gelandet ist. Nähe keinen fehlt noch.

Wohngesetz in Sachsen

lässt sich noch aus der Denkschrift feststellen, während die Wohnungsnot in Wirklichkeit noch viel größer sein wird.

In

Dresden

fehlen bei 619 157 Einwohnern 21 175 Wohnungen, in Leipzig bei 679 159 Einwohnern 19 549, in Chemnitz bei 333 851 Einwohnern 10 960. Die Zahl der dringend benötigten Wohnungen auf je 1000 Einwohner wird für Dresden mit 9,46, für Leipzig mit 12,90, für Chemnitz mit 9,49 angegeben. Bei den anderen Bezirksstädten lauten diese Wohnungsnotziffern wie folgt: Zwickau 12,29; Meißen 9,1; Freiberg 6,82; Pirna 11,0; Riesa 11,59; Freital 10,15; Werda 10,46; Bautzen 9,73; Blauen 10,66; Jitzau 7,49; Reichenbach 7,68; Glauchau 8,35; Wurzen 9,73; Grimmaischau 5,16; Meerane 5,89; Aue 11,6; Döbeln 7,2; Mittweida 8,92. Von den übrigen Städten steht am besten Köthen mit einer Notziffer von 1,87 und am schlechtesten Delitzsch i. V. mit 19.

Die Denkschrift berechnet dann an Hand der Erträge aus der Mietzinsfuhr, welche Erträge aus den Kopf der Bevölkerung entfallen. Nach der Verschiedenartigkeit der Mieten ist auch dieser Ertrag verschieden. Es fallen auf den Kopf der Bevölkerung in Dresden 43,60 M., in Leipzig 48,90 M., in Chemnitz 31,50 M., in Plauen 29,70 M., in Pirna 18,80 M., in Riesa 23,20 M., in Reichenbach i. V. 18,80 M.

Dann wird mitgeteilt, daß die dringendste Wohnungsnot in einem bestimmten Zeitraum beseitigt werden soll. In Dresden in 1,7 Jahren, in Leipzig in 2,1 Jahren, in Chemnitz in 2,4 Jahren. Dabei ist angenommen, daß für jede Wohnung ein Bauarbeiter von 8000 Mark gewährt wird. Der tatsächliche Bedarf an Mitteln oder das Auskommen aus der Mietzinsfuhr ist aber für die einzelnen Städte viel weniger. So beträgt dies pro Wohnung in Dresden 3455 M., in Chemnitz 2495 M. und in Leipzig 2840 M. Viel leichter liegt das Verhältnis bei den kleineren Orten. So braucht Großröhrsdorf bei Zugrundelegung von 8000 M. 6,2 Jahre bis der dringendste Bedarf gedeckt ist, zur Verfügung stehen aber nur 965 M. pro Wohnung.

Schon diese wenigen Angaben zeigen, daß die Wohnungsnot in Sachsen sehr groß und nicht so schnell zu beheben sein wird.

Wir werden nochmals auf die Angelegenheit zurückkommen.

# Wo sind die Mörder von Böhmen?

Untersuchungsausschuss zur Böhler Dammkatastrophe vom Landtag eingezogen. — Kinderausbeutung in Erziehungsanstalten. — Kommunistischer Antrag auf Arbeitunterricht angenommen. — Auswertungssomagogie.

## Landtagssitzung vom 30. Juni 1927

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Mensch (Soz.) in einer Erklärung, die gegen die Erklärung des Volksparteiters Röhl in der Sitzung vom 29. Juni gerichtet ist, mit, daß die Einberufung des Besoldungsausschusses anlässlich der Beamten-demonstration ordnungsgemäß erfolgt ist und daß dabei die Vertreter der Deutschen Nationalen und Volkspartei die Teilnahme abgelehnt haben.

Ministerialdirektor Zutt gibt eine recht billige Trauererklärung ab und erklärt, daß man mit der Erörterung der Schuldfrage warten solle bis sie durch die Bergpolizei "aufgeklärt" sei. Er wagt aber nicht, sich gegen die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu wenden.

### Die Böhler Dammkatastrophe

hat die Fraktionen der Kommunisten und der Sozialdemokraten zur Sitzung von Anträgen veranlaßt. Bevor diese jedoch begründet werden, gibt der Minister Webe z Verabredungen ab, nach denen keine weitere Gefahr besteht und daß die Gefährdeten entschädigt werden sollen. Die Sozialdemokraten verlangen in dem Antrag, daß die Altenschiffahrt "Sächsische Werke" sofort Maßnahmen zur Sicherung der Gefährdeten durchführt. Weiter wird die sofortige Einsetzung eines längstigen Untersuchungsausschusses, der auch während der Beratung des Landtages in Tätigkeit bleiben soll, gefordert. Der kommunistischen Antrag begründet:

#### Genosse Lieberach.

Er meint darauf hin, daß das neue Böhler Unglück, bei dem der 20 Meter hohe Damm der Spülklippe gebrochen ist, durch die hereinbrechenden Schlammassen 2 Dörfer für unabsehbare Zeit unbewohnbar geworden sind und ein Kind getötet wurde, wobei dies durch verschuldet sein muss, daß die Leitung des Werkes, die im Auftrage der Dresdner Generaldirektion der Sächsischen Werke eine unverantwortliche "Sparpolitik" trieb, die einfachsten Sicherungs- und Überwachungsmaßnahmen unterlassen hat und die Arbeiter rücksichtlos antrieb, während der Generaldirektor "nur" 100 000 RM pro Jahr einstreicht. Gerade angesichts der Tatsache, daß in Böhmen ein Unglück dem anderen folgt und niemals eine Schuld festgestellt werden kann, muß diesmal der Landtag sofort eingreifen, wenn er sich nicht mutwillig an dem hereinbrechendes namenloses Unglück machen will. Die Kommunisten fordern die sofortige Durchführung der Ursachen- und der entstandenen Schäden, die sofortige Verhaftung der Schuldigen und Beschlagsnahme ihres Vermögens als Erstak für den entstandenen Schaden, die Errichtung des Schadens in vollem Höhe an die Bewohner der beiden Dörfer. Weiterhin sollen die Sächsischen Werke den Bewohnern beider Dörfer ausreichenden Wohnraum, aber nicht als "Notunterkunft", zur Verfügung stellen, und schließlich sollen die Sächsischen Werke sofort genügend Arbeiter einsetzen, um die Aufräumarbeiten in den Dörfern sowie der Grube in kurzer Zeit durchzuführen. Diesen Arbeitern soll genügend Schutz und Arbeitskleidung sowie eine diesen Arbeiten entsprechende höhere Bezahlung gewährt werden.

Genosse Lieberach geholt die Politik vor Instanzen, die trotz unzähliger Warnungen nichts getan haben, um die katastrophale Bedrohung in Böhmen abzuholen. Er erinnert an das schändliche Ende des Untersuchungsausschusses, der die Ursache des Böhler Eisenindustrie fehlstellen sollte, und der von allen Parteien, außer den Kommunisten, aufgehoben wurde. Genosse Lieberach spricht der Regierung und der Leitung des ASW das schärfste Misstrauen aus und erklärt, daß die Kommunisten und die Arbeiter nicht glauben, daß die Instanzen ehrlich die Ursachen der Katastrophen nachprüfen werden. Deshalb muß der Landtag gemeinsam mit der Arbeitervertretung und der Besetzung von sich aus den Sumpf in Böhmen ausreden, der unerlässlich Menschenopfer sowohl auf dem Gebiete der Arbeiterausbeutung als auch durch direkten Arbeitsermod verschlägt. Die Einsetzung eines längstigen Untersuchungsausschusses wird einstimmig beschlossen. Ebenso wird der gesetzte sozialdemokratische Antrag in sofortiger Schlussberatung angenommen. Der kommunistische Antrag wird dem Haushaltsschluß B überwiesen.

Beim Kapitel "Sammlungen für Kunst und Wissenschaft" wird die vom Ausbau vorgeschlagene Streichung der 100 000 RM als erster Beitrag zur Vorbereitung der Errichtung eines Museumsgebäudes für die naturwissenschaftlichen Sammlungen mit großer Mehrheit beschlossen, ein deutschnationaler Antrag auf Streichung der 250 000 RM zur Erweiterung der Landesbibliothek wird gegen die Deutschen Nationalen abgelehnt. Das Kapitel wird genehmigt. Zum Kapitel "Definitives Gesundheitswesen" hatte die kommunistische Fraktion zum Schluß

der minderbemittelten Bevölkerung verschärfte Lebensmittelkontrolle gefordert und beantragt, die Lebensmittelkontrolle dem Staate (nicht den Gemeinden) zu übertragen und zur Durchführung der Lebensmittelkontrolle staatliche Kontrollanstalten einzurichten. Bezeichnenderweise hatte der Ausschuss A diesen Antrag zur Ablehnung empfohlen (!). Genosse Dr. Schmid habe begründet an hand vieler Materials über schwaches Lebensmittelbetrieb unteren Antrag nochmals. Die Mehrheit des Landtages beschließt gegen Kommunisten und Sozialdemokraten Ablehnung der Verabsiedlung der Lebensmittelkontrolle. Angenommen wird dagegen ein kommunistischer Entschließungsantrag, 20 000 RM, die bei einem anderen Kapitel bewilligt worden sind, zum Zwecke der Lebensmittelkontrolle in dieses Kapitel einzufügen.

Die Berichterstatterin Schilling (Soz.), die über das Kapitel "Erziehungsanstalten" berichtet, spricht ihre Verwunderung darüber aus, daß die Einnahmen aus der Arbeit der Kinder in der Erziehungsanstalt Bräunsdorf sich ständig erhöhen. Sie erklärt dies mit Recht für eine sehr bedeckte Ercheinung.

#### Genosse Höscher

greift das System der Ausleihung der Jögglinge an landwirtschaftliche Betriebe und Haushaltungen scharf an und weist nach, daß dies einer Ausbeutung der Jögglinge gleichkommt. Falls Jögglinge in landwirtschaftliche Betriebe geschickt werden, müssen sie dafür tariflich entloht werden. Er fordert Annahme beider Forderungen. Der erste Teil des kommunistischen Antrages, wonach die Ausleihung von Jögglingen untersagt werden soll, wird mit Mehrheit angenommen. Der zweite Teil des Antrages, der tarifliche Entlohnung für die arbeitende Jögglinge fordert, wird dadurch abgelehnt, daß die USPS wieder mit dem Bürgerblock dagegen stimmt. (Zuruf Bürgerblock: "Das sind freie Gewerkschafter!"). Ein Antrag der Aufwertungspartei, daß in Unterstützungsfällen nach den Reichsgrundlagen der öffentlichen Fürsorge die Sicherstellung von Entlastungsansprüchen aus dem pfändbaren Vermögen oder Einkommen eines Unterstüzungsempfängers nicht gefordert werden darf, wird dem Ausschuss überwiesen.

Im Kapitel "Gewerbe- und Handelsklausur" hatte Genosse Dr. Schmid in der Sitzung vom 14. Juni den Antrag gestellt, 30 000 RM für sozialpolitischen Unterricht der Arbeiter einzustellen und zu verordnen, daß in den Kantine stets alkoholfreie kalte und warme Getränke vorrätig zu halten sind. Dieser Antrag hat die Bürgerblöcke — einschließlich der USPS — im Ausschuss zur Ablehnung empfohlen. In der heutigen Plenarversammlung wird dieser Antrag, trotzdem die USPS auch hier gegen ihn stimmt, mit den Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten angenommen. (Bewol bei den Kommunisten.)

Ein Antrag des Abgeordneten Arz (Soz.), der sich gegen die erhöhte Entlohnung von Lehrlingen im Baugewerbe wendet, wird dem zuständigen Ausschuss überwiesen. Ein weiterer Antrag der Sozialdemokraten wird in der Sitzung des Ausschusses angenommen, wonach die Regierung dahin wirken soll, daß der von der Gewerbebeamter Blamen geführte Beschluß, betreffend die Anleitung von Lehrlingen des Orthopädiemechanikergewerbes durch Bandagieren, wieder rückgängig gemacht wird. 2 Anträge der Aufwertungspartei, die die Vorlegung eines Reichsgesetzesmarxes zum Schutz der Grundstücksverkäufe in der Inflationszeit und die Sicherstellung der laufenden Aufwertungslösungen bei den Justizbehörden betreffen, werden angenommen. Die Anträge haben rein agitatorischen Charakter. Das Herrn Aufwarter praktisch für den bestreitigen Kampf der Inflationsoptiker nichts zu tun gedenken, zeigte die erste Beratung weiterer Anträge der Aufwarter, bei denen u. a. gefordert wird, daß nur diejenigen Gemeinden die Erlaubnis zur Aufnahme einer Anleihe erhalten, die ihr verpflichten, 10 Prozent dieser Anleihe zur Aufwertung zu verwenden. Als Herr v. Tumetti sich anschickt, die Anträge zu "begünstigen", wird er von den Kommunisten mit ironischen Zurufen empfangen, denn mittlerweile hat bereits die Sächsische Staatszeitung die Mitteilung von seiner Ernennung zum Justizminister gemacht. Der Sächsische Landtag ist diesen Justizminister wirklich wert.

Genosse Renner zeigt als Redner der Fraktion den wahren Charakter dieses Antrages, der den ohnedies schon schwer leidenden und benachteiligten Gemeinden die Kosten der Aufwertung aufzubürden will, um die breiten Schichten der Inflationsgeschädigten vom Kampf gegen den Bürgerblock im Reich, der den Massensturz der Inflation deutl. abzuhalten. Die Kommunisten werden zu diesen Aufwertungsanträgen in den Ausschüssen Änderungsanträge vorschlagen, die gegen die wirklichen Feinde des Aufwarter, den Bürgerblock und seine Hintermann, gerichtet sind. Die Anträge gehen an den Ausschuss.

## Sozialdemokratie und Zollpolitik

Im Jahre 1925 legte die Reichsregierung dem Reichstag die Zollabstimmung vor, die nicht nur die Wiedereinführung der Zolltarif der Vorläuferzeit enthielt, sondern darüber hinaus eine wesentliche Erhöhung dieser Säße bei ungefähr 500 Positionen. Allein die Zölle auf die wichtigsten Agrarprodukte bedeuteten eine Belastung der werktätigen Massen von einer Milliarde RM im Jahre. Um diesen Raubzug auf die Taschen der werktätigen Massen durchzuführen zu können, beschlagnahmte die Opposition mündlich zu machen. Zu diesem Zweck wurde nicht nur die Rationierung der Nahrung befohlen, sondern unter Führung der Deutschen Nationalen ging das Präsidium dazu über, kommunalische Abgeordnete wegen ihrer Opposition gegen die Zollpolitik aus dem Reichstag hinauszusperren. Es ist charakteristisch für die Politik der Sozialdemokratie, daß die sozialdemokratischen Führer für die Nationierung der Arbeitest eintraten und daß Hermann Miller und Hilferding für den Hinzuwurf der kommunistischen Abgeordneten eintraten. Daburch hat die Sozialdemokratie die Durchsetzung der Zollabstimmung begünstigt und darüber hinaus auch die Bildung des Bürgerblocks. Denn die Annahme der Zollabstimmung im Reichstag war zugleich die Geburtsstunde des Bürgerblocks.

Damals nahm die Leipziger Volkszeitung gegen die Politik des Berlinerstandes Stellung, indem sie in ihrer Nummer vom 2. August in folgender Weise die arbeiterfeindliche Politik des sozialdemokratischen Fraktionssprechers kennzeichnete:

„... jede Nationierung der Arbeitest, jedes abgekürzte Verfahren in der Führung der Geschäfte ist eine Begünstigung der Positionen der Rechtspartei... Wir dürfen den Regierungsparteien keinerlei Helferservice leisten, da wir auch nicht auf das belastende Entgegenkommen zu rechnen haben. Die heutige Situation ist mit der Zollabstimmung im Jahre 1925 vergleichbar worden. Damals war die Sozialdemokratie noch robuster Natur, von feinerer Statistik und Koalitionsprinzipien angefressen, damals wogte man noch frisch und frei von Obstreaktion zu reden.“

Es heißt dann weiter in bezug auf das Verhältnis zur kommunistischen Fraktion folgendemagieren:

„Doch aber die Kommunisten den ethischen Willen haben, gemeinsam mit der sozialdemokratischen Fraktion das Ergebnis der Arbeitest abzuwehren, wird nicht zu befürchten sein. Die Gerechtigkeit aber bleibt festgestellt, daß 1922 auch Anteil während keiner militärischen Objektivierung.“

Ebenso verhielten sich die ADGB-Vertreter im Reichswirtschaftsrat und die Sozialdemokraten in der preußischen Braun-Sessing-Negierung. Im Reichswirtschaftsrat stimmten die Gewerkschaftsvertreter für „mäßige“ Industrie- und Agrarzölle, und die Sozialdemokraten der preußischen Regierung stimmten im Reichsrat für die Zollvorlage der Luther-Schlesien-Negierung. Dieser parlamentarische Politik der SPD entsprach ihre außerparlamentarische Politik. Mit allen Mitteln versuchten sie die Massenmobilisierung und die Bildung der einheitlichen Kampffront der Arbeiter zu verhindern.

Dieser Tatsachen aus den Zollkämpfen von 1925 müssen sich die Arbeiter heute erinnern. Die bisherige Politik der SPD und der reformistischen Gewerkschaftsführer zeigt, daß sie nicht gewollt sind, irgend etwas zu tun zur Massenmobilisierung der Arbeiter. Deshalb müssen die revolutionären Arbeiter in den Betrieben, Gewerkschaften und sonstigen Arbeiterorganisationen die Initiative ergreifen und dafür sorgen, daß in den Belegschaftsversammlungen, in den Gewerkschaftsleistungen und Gewerkschaftsversammlungen Stellung genommen wird gegen die Zollwirtschafts- und Hunger-Regierung. Die Betriebsbelegschaften und die Gewerkschaftsorganisationen müssen die Arbeitermassen und die Arbeiterorganisationen aufrufen zu gemeinsamen Massenfundgebungen gegen Zollwucher und Bürgerblock.“

Entstehung des Massensturmes von unten auf, das ist jetzt die wichtigste Aussage.

## 6 Millionen Steuergeschenke an die sächsischen Unternehmer

Bei der Beratung des Steuerkapitels im Haushaltsschluß A des Landtages am 30. Juni forderte Genosse Böttcher vom Finanzminister Rechenschaft über die Höhe der in den letzten Jahren gestundeten und erlassenen Steuerbeträge.

Finanzminister Webe z, der als Unternehmer-Präsident vor seinem Regierungsantritt die Steuerbeträge berufsmäßig gefordert hat, mußte jetzt als Minister die Ergebnisse dieser Sabotage preisgeben. Schwer genug ist ihm das gefallen. Zunächst mußte Weber mitteilen, daß es jetzt 30 000 Einsprüche gegen die Einschätzungen in der Grund- und Gewerbesteuern eingegangen sind. Es sind also außer den bisher erfolgten Steuergeschenken noch eine große Anzahl weiterer Steuerleibesgaben an die Unternehmer zu erwarten; denn es ist ohne weiteres klar, daß die Bürgerblöcke gegen die Steuerbeträge eingehen werden. Insgesamt sind jedoch 3 700 000 RM im Jahre 1925 an Steuerstundungen und -erlassen zu buchen. Dazu kommt ein Erlös an Arbeitgeberabgabe in Höhe von 462 000 RM. Im Jahre 1926 ist die dritte und letzte Rate der Gewerbesteuer geplant worden. Gegenüber dem Höchstvorschlag sind an Grundsteuer im Jahre 1926 16,17 Prozent weniger eingegangen. Das ist ein Betrag von 14 Millionen RM. 1924 und 1925 sind zusammen rund 7 Prozent gegenüber dem Höchstvorschlag weniger eingegangen; zusammen über eine halbe Million Reichsmark.

Aus der noch immer sehr undurchsichtigen Aufstellung des Finanzministers ergibt sich bereits heute ein Steuergeschenk von rund 7 000 000 RM an die sächsischen Unternehmer. Der Bürgerblock mit Herrn Heldt an der Spitze ist für die beständige Klasse in Sachsen ein außerordentlich eindrückliches Geschäft.

## Kommunistischer Beamtenantrag im Landtag

Die kommunistische Landtagsfraktion hat am 27. Juni im Sächsischen Landtag folgenden Antrag eingebracht:

Der Landtag wolle beschließen: Den sächsischen Staatsbeamten und Angestellten der Bevölkerungsgruppen 1 bis 7 bis zur Regelung durch die Reichsbedienstungsordnung einen monatlichen Kopfzuschlag ob 1. Juli zu gewähren, und zwar den Beamten und Angestellten in Gruppe 1 bis 4 40 RM, in Gruppe 5 35 RM, in Gruppe 6 30 RM und in Gruppe 7 20 RM.

Dresden, am 27. Juni 1927.

Böttcher

und die übrigen Mitglieder der kommun. Landtagsfraktion.

## Die Beamtenabordnung bei der sächs. Regierung

Vom deutschen Beamtenbund, Landesstelle Sachsen, wird uns geschrieben:

Die von über 12 000 Beamten besuchte Massenfundgebung gegen die Verschleppung der Bevölkerungsabgaben hatte noch vorheriger schriftlicher Anmeldung, sowohl zum Sächsischen Landtag, als auch zur sächsischen Regierung Abordnungen ent-

Die Regierung hatte den Empfang dieser Abordnungen am Dienstag abend abgelehnt und auf Mittwoch vormittag festgestellt.

Sie war vertreten durch den Innensenator Dr. Apelt und den Finanzminister Weber. Die Abordnung überreichte den Ministern die bei der Kundgebung gefasste Erklärung und bat um eine Erklärung der sächsischen Regierung. Für diese erwiderte der Innensenator Dr. Apelt, daß die Regierung noch nicht in der Lage gewesen sei, endgültige Verschärfung zu fassen, da erst das Ergebnis der Verhandlung im Haushaltsschluß des Reichstages abgewartet werden müsse. Die sächsische Regierung kennt und würdigte die Not der Beamtenfamilie, was sie den Beamtenvertretern schon oft versichert habe. Am kommenden Montag würde die sächsische Regierung mit dem innerfaktionellen Zustand des Landtages erneut zu der Sache Stellung nehmen. Der Finanzminister Weber hofft auf diese Maßnahmen gemacht, die darin liegt, daß bei einer weiteren Verschleppung der Angelegenheit im Reich durch Eintritt der Landtagsabordnung am 8. Juli dem Sächsischen Landtag die Möglichkeit einer Bekämpfung genommen werden könnte. Es wurde gebeten, rechtzeitig und nach Bestehen auch unbedingt vom Reich, die Durchführung des Landtagsbeschlusses vom 6. April zu bestreiten. Auf die ganz bestimmte Frage, welche Maßnahmen die sächsische Regierung für diesen Fall plane, erwiderten die Mi-

**"Revolutionen sind die Lokomotiven der Weltgeschichte"**  
sagt Karl Marx.  
Auch Du mußt lernen diese Lokomotiven fahren!  
**Die Illustrierte Geschichte der Preußischen Revolution**  
in Dir führen, braucht!



# aus Ostfachsen

## Kommt zu uns!

(Werbewoche für die Arbeiterparteidewegung.)

Warum gibt es eine Arbeiterparteidewegung? Weil die alte Turnorganisation ihre von Fabius Zeiten als in die älteren Jahre vertretene freiheitliche Auffassung zu Staat und Gesellschaft geändert hat, in den Jahren nach 1870 nationalistisch wurde und in den neueren Jahren viele Turnvereinsleitungen sogar dazu übergingen, Mitglieder auszuschließen, weil sie sozialistisch oder freigewerkschaftlich organisiert waren. Diese Ausschüsse, in Verbindung mit der durch die Industrialisierung Deutschlands stark gewordenen Klassegegenwart, haben im Jahre 1893 zur Gründung eines Arbeiterturnerbundes geführt. Der Bund ist von seiner Gründung an nicht nur von der Deutschen Turner- und Sportbund, sondern von allen staatlichen und kommunalen Behörden stark bekämpft worden. Trotzdem zählt heute der Arbeiter-Turn- und -Sportbund 7900 Vereine mit rund 800 000 über 14 Jahre alten Mitgliedern sowie 300 000 Kindern.

Was will der Arbeiter-Turn- und -Sportbund? Der Bund bezweckt die Hebung und Förderung der Volksgesundheit. Deshalb werden in verschiedenen Sparten alle Arten von Leibesübungen betrieben, und zwar Turnen, Spiel und Leichtathletik, Fußball und Wassersport (Schwimmen, Rudern und Segeln). Der Arbeiter-Turn- und -Sportbund ist eine einzige und geschlossene Organisation, in der Turner, Fußballspieler und Wassersportler volle Gleichberechtigung haben. Es besteht kein Kampf zwischen den einzelnen Sparten, sondern es ist die Möglichkeit gegeben, dass jedes einzelne Mitglied die Sportart betreibt, die es für die Erhaltung seiner Gesundheit am vorteilhaftesten hält.

Der Arbeiter-Turn- und -Sportbund gibt für die einzelnen Sparten Spezialabteilungen heraus, hat ein eigenes Verlagsgeschäft, in dem die Bundesvereine alle Turn- und Spielgeräte, alle notwendigen Turn-, Spiel- und Sportkleidung, Wanderaufsteller, in guter Ausführung zu billigen Preisen beschaffen können. Der Bund gibt für alle Sparten eigene Jahrbücher heraus, die für die Vereinsfunktionäre zur Durchführung eines geregelten Betriebes wertvolles Material bilden. Es gibt keine Sportorganisation in Deutschland, die derartige Einrichtungen in so guiter Form hat.

Als Förderer und Freunde der Volksgesundheit sind die Arbeiterturner und -Sportler Gegner des kapitalistischen Krieges. Wir stellen uns damit in den Gegensatz zu den bürgerlichen Turn- und Sportverbänden. Diese Verbände haben vor und während des Weltkriegs alles getan, um Kaiser, Könige und Fürsten sowie die alte Militärpartei Deutschlands zu rücken, haben den Ausbruch des Krieges mit Freuden begrüßt. Wer die Vernichtung von Menschenleben im Interesse der bestehenden befürwortet und unterstützen, ist kein Freund des Volkes. Deshalb können Sozialisten und Kommunisten nicht bürgerlichen Turn- und Sportvereinen angehören, sondern müssen sich den Vereinen des Arbeiter-Turn- und -Sportbundes anschließen.

Die angebliche Neutralität der bürgerlichen Turn- und Sportverbände ist eine Täuschung.

Der Reichsausschuss für Leibesübungen, dem alle bürgerlichen Turn- und Sportverbände angegliedert sind, schrieb 1927 in einem Gesetz an das Reichswehrministerium wegen Platzüberlassung in Torgau:

Wenn das heute vorhandene Gelände, das für die Reichswehr entbehrlich ist, als Turn- und Sportplätze benutzt wird, dann stellt die Turn- und Sportverbände in diesem Falle eine freiwillige Kavallerie dar, die durch keinen Friedensvertrag verboten ist.

Was haben die Turner und Sportler mit einer Truppe zu tun, die entgegengesetzte Zwecke verfolgt als vertraglich erlaubt sind? Das Gesetz war unterschrieben vom Vorsitzenden des RAVF der Deutschen Turnerschaft und des Deutschen Fußballbundes. Was es mit der freiwilligen Kavallerie auf sich hat, darüber gibt der Schluss des Aufrufes des Vorsitzenden der Deutschen Turnerschaft zur Hermannstädter Auskunft, in dem es wortlich heißt:

Man hat das Schwert euch entwunden! So jötzt, daß die Faust Kraft behält, ein Schwert zu führen, und das Herz Kraft, wenn es sein muß, für deutsches Volkstum, Heimat und Freiheit der Einfach den leichten Schlag zu tun.

Als deutsche Turnvereine von einer Teilnahme einer Bischofsdorfer Abordnung nehmen, weil sich Stahlhelm, Werwolf und Jungdo daran beteiligen, kündigt der 2. Vorsitzende der Deutschen Turnerschaft, Herr Neuendorff, dass diese Handlungswelle unerhört ist und nicht vorstehen dürfe; an solchen Tagen gehörten die Turner mit den Wehrverbänden zusammen. Sehr bezeichnend für die Einstellung sogar zur bürgerlichen Republik, die den bürgerlichen Sportlern mehr als gute Pflege angeboten lässt, ist, daß der Mainzer Raderverein während seiner Regatta 1926 die Bekämpfung der Reichsflagge von der Stadithalle verlangte, nur weil man dadurch an den Sturz des Monarchiensystems erinnert wird.

Es gibt keine Neutralität, sondern nur eine klare Entscheidung für das Proletariat. Proletarier können nur mit Proletarien marschieren, um sich für den Kampf um ihre Interessen zu stäuben.

Sonnabend den 2. und Sonntag den 3. Juli bietet sich wieder Gelegenheit, die Arbeiterturner und -sportler vom 9. Bezirk in ihrer ersten Arbeit bewundern zu können beim

Bezirksfest im Sportpark Böschappel.

Wie euren Euch!

Touristendampfer der SEDU. Die Sächsisch-Böhmisiche Dampfschiffahrt AG lädt kommenden Sonntag zu einer tollen Fahrtreise erstmals früh 5.20 Uhr ab Dresden (Terrassenufer) einen Dampfer für die die Sächs. Schweiz behandelnden Touristen laufen. Dieser Dampfer hält nur an den Stationen Stadt Wehlen, Rathen, Königstein und Bob-Schandau. Ankunft in Stadt Wehlen gegen 7.20 Uhr, Rathen 7.45, Königstein 8.30 und Bob-Schandau 9 Uhr. Diese Einrichtung wird in Touristen- und Wandervereinen sicher sehr begrüßt werden.

Königstein. (Freitag.) Am Dienstag nachmittag erschien sich in der Nähe der Palmehäule ein 40jähriger aus Dresden-N. Elbstraße, gebürtiger Kaufmann. Er war im Besitz einer größeren Summe Geldes und anderer Wertpapiere; man nimmt an, daß die Tat infolge Schwermut begangen wurde.

Braunsdorf bei Tharandt. (Sommerfest des Arbeiter-Radsatzbundes "Solidarität"). Die zürige Vereinsleitung hat es sich nicht nehmen lassen, wie in anderen Jahren auch in diesem Jahre mit einem Sommerfest aufzuwarten. Die Einleitung des Festes beginnt mit einem Fest mit großem Interesse verfolgten Straßenfesten. Darauf ist es Pflicht eines jeden Arbeiters, am Sonntag dem 3. Juli die Bevölkerung durch zahlreichen Besuch zu unterhalten. Beginn des Fests ist 18 Uhr höchstens Radballspiele. Freunde des Radspors! Ihr auf nach Braunsdorf am Sonntag dem 3. Juli!!

Radeberg. Plan für die Beratungsstunden des Wohlfahrtsamtes Radeberg im Monat Juli 1927. Mütterberatung (Kinder — auch alle unehelichen und in Pflege befindlichen — bis zu 2 Jahren): Dienstage, den 5., 12., 19. und 26. Juli, nachmittags 1.30 bis 2.00 Uhr. Klein- und Ziekhinterberatung (alle Kinder — auch uneheliche und in Pflege befindliche — über zwei Jahre): Freitag den 1. Juli, nachmittags 1.30 bis 2.00 Uhr. Die Buchstaben A bis mit J: Freitag den 8. Juli, nachmittags 1.30 bis 2.00 Uhr die Buchstaben K bis Z. Krippeberatung (Anmeldungen vorher im Wohlfahrtsamt): Mittwoch den 6. Juli, nachmittags 2 Uhr. Schwangerenberatung: Am 8. und 15. Juli, nachmittags 4 bis 5 Uhr. Beratung für Altersrente und deren Angehörige: Mittwoch den 6. Juli, nachmittags 5.30 bis 7 Uhr. Die Mütterberatung soll in den Monaten Juli und August aus. Die vorliegenden Beratungsstunden finden in der Mühlenstrasse im Tannenhof statt. Tuberkulosenberatung: Tag und Stunde der in regelmäßigen Abständen stattfindenden Tuberkulosenberatung werden den Beteiligten unmittelbar durch die Mühlenstrasse bekannt.

das Wohlfahrtsamt, entweder auf dessen Veranlassung oder auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses. Sprechstunden der Bezirkspflegerinnen: Jeden Montag nachmittags 4 bis 6 Uhr. Bezirkspflegerin Bertha Stephan. Während der Unwesenheit der Bezirkspflegerin Hildegard Rossmann werden deren Sprechstunden bis auf weiteres jeden Dienstag, nachmittags 4 bis 6 Uhr durch Bezirkspflegerin Bertha Stephan abgehalten. Beide Sprechstunden finden in der Wohlfahrtsstraße statt.

## Besuch im Kinderheim Mop in Elgersburg

(Arbeiterkorrespondenz.)

Schon lange war es unser Wunsch, das Kinderheim Mop zu besuchen, um zu sehen, wie es den Kindern im Heim geht und wie sie gepflegt werden. Pünktlich war es endlich soweit. Freudig gestimmt fuhren 19 Genossen und Genossinnen am Sonnabend von Colditz weg. War auch das Wetter nicht gerade schön, so lachten uns doch die Sonnenstrahlen bei der Ankunft ins Gesicht. Nachdem wir uns von der langen Fahrt etwas erholt und geläufig hatten, machten wir uns auf den Weg nach dem Heim. Unsere Erwartungen wurden bei weitem übertroffen. Schon die Lage Elgersburgs und insbesondere die des Kinderheimes im Bergwald ließen unsere Herzen höher schlagen. Ringsherum der dastende Wald. Wir fühlten uns fröhlich und frei.

Nach kurzen aufflackernden Worten der Leiterin des Heims konnten wir das Innere desselben in Augenschein nehmen. Der Tagesraum, die schönen lustigen Schlafräume, sowie der geräumige Speisesaal übertrafen alle unsere Erwartungen. Zusammengesetzt kann man sagen,

dass die Rote Hilfe ein Heim geschaffen hat, auf welches wir Arbeiter stolz sein können.

Bei der Unterhaltung mit den jetzt anwesenden 81 Kindern konnten wir bemerken, daß sich alle wohl im Heim fühlen. Das bezeugten auch die lachenden runden Gesichter der Jungen und Mädchen. Nach einer kurzen Anfrage des Genossen Ritter, Colditz, in welcher er die Genossen und Genossinnen aufforderte, mit noch viel mehr Eifer für die Rote Hilfe zu arbeiten, verliehen wir mit voller Beifriedigung das Heim. Nachdem wir uns das schön gelegene Elgersburg und auf ein paar Stunden die Stadt Ilmenau angesehen hatten, traten wir mit neuem Mut die Heimreise an.

Allen Mitgliedern der Roten Hilfe, wie allen Werktagstätigen überhaupt möchten wir empfehlen, die Kosten nicht zu scheuen und einen Besuch des Kinderheimes durchzuführen. Großes ist schon geleistet worden! Noch viel mehr muss getan werden, deshalb helft alle mit, den Gedanken der Solidarität in den Massen zu wecken zum Besten der politischen Gefangenen und ihrer Familien.

Ortsgruppe der Roten Hilfe Colditz.

## Arbeiterport

Die Werktagsspiele:

Sonnabend: Probispiel einer Städtemannschaft Dresden gegen 02 1. Anstoß 18 Uhr, Erfurter Platz.

Eine Mannschaft von erkt. und zweitklassigen Spielern in nachfolgender Aufstellung soll gegen die 1. Elf der Spielvereinigung Ihre Feuerprobe bestehen.

Dresden:

Niedrige (Cotta)

Barth (Cotta) Lindner (Radebeul) Brusky (1885) Voigt (Hortzschrif) Klemm (Neust.) Reichtz (Döllers) Granz (Kotla) Rennich (Lübsch) (Cotta) (1885) (Cotta) (Radebeul) (Friedrichstadt)

Die Spieler melden sich 17.30 Uhr im Umkleidekabinett von 02 (Stadt Nöthnitz) beim Genossen Mausch.

Eintritt 1—Neustadt 1. Beide tragen um 18.30 Uhr ein Gesellschaftsspiel aus, das einen interessanten Verlauf verspricht. Ausgang ungewiß.

Zobau 1—Helios 1. Zwei gleichwertige Mannschaften, die Gewalt für einen vorzüglichen Sport geben. Die Zuschauer werden bestimmt auf ihre Kosten kommen. Das Resultat wird knapp. (18 Uhr.)

Heute Freitag: DSB 10—Pieschen 1. Der Bundesmeister sollte zwar liegen, doch nicht allzu hoch. Die Pieschner werden einen guten Gegner abgeben. (18.30)

Untere Kläsen. Sonnabend: Neustadt AM—DSB AM. (18.30) DSB 2—Neustadt 2 (17). DSB 12 3—Kleinnaundorf 3 (17). Freitag: Böschappel 2—Girkert 2 (18).

Heute Freitag, 18.30 Uhr: Sportplay am Burgmatzberg: Böschappel 1—DSB 1. Die Böschappeler haben sich verbessert und werden den Freitakt zu schaffen machen. Ein Sieg der Böschappeler ist natürlich nicht von der Hand zu weisen.

Sonnabend: Hohenau 1—Cotta 1 (18). Die Cottauer können auf Grund ihrer gegenwärtigen Form das bessere Ende für sich behalten.

Vereinsnachrichten: DSB 12—Gundersdorf. 1. Juli, 20 Uhr. Monatsversammlung; sehr wichtige Tagesordnung — Sonntag den 3. Juli, 12.15 Uhr. Stellen in Sportläden, Sportplatz, zur Platzweihe von Rippeln.

Fußballabteilung Dresden-Neustadt. Sonnabend, 19.30 Uhr. Halbjahresversammlung. Er scheinen aller ist Pflicht.

4. Bezirk. Sonnabend den 2. Juli, 19.30 Uhr, in Ebersbach Brennerei, Turnspiel-Vörse. Es ist Pflicht aller Spieleiter, zu erscheinen. Alle Vereine, die bis dahin ihre Kopfsteuer nicht bezahlt haben, werden endgültig schwangergestellt.

Arbeitergehangverein Freie Sänger, Seilhennersdorf, Freitag den 1. Juli, 21 Uhr, im Rest. Waldschlößchen, Seilhennersdorf. Probefest mit dem Neugersdorfer Bruderverein. Abmarsch 20.30 Uhr beim alten Gemeindeamt. Alle aktiven Sängerinnen und Sänger müssen restlos erscheinen.

## Beratungsstundenkalender

Kommunistische Partei

Sonnabend den 2. Juli:

Stadtteil 4, Straßenzeile 4. Wichtige Straßenzeitversammlung beim Schimm, Dreikönigstraße 2. 20 Uhr. Alle Genossinnen und Genossen müssen erscheinen.

Brodnitz. Mitgliederversammlung im Rest. Krone, Sörnewitz, 19.30 Uhr.

Sonntag den 3. Juli:

Bischofswerda. Unterbezirkstreffen im Restaurant Kronprinz, 0.30 Uhr.

Kommunistischer Jugendverband

Freitag den 1. Juli:

Arbeitskreis Pieschen u. Umg. Heute 19.30 Uhr. Rote Rummel-Probe im Gasthof Leuden. Erscheinen aller ist Pflicht!

Roter Frontkämpferbund

Freitag den 1. Juli:

Ortsgruppe Freital, 19.30 Uhr. Sozialmannschaftsübung im Sächs. Wolf. Tiefen Kamerad hat zu erscheinen.

Sonnabend den 2. Juli:

Groß-Dresden. Achtung Kamerad! Soz. Rote Führer abholen, die allen hier mit abzurechnen.

Groß-Dresden. Abteilungs-Quartier Oldenitz, 19.30 Uhr im Restaurant Werner, Ecke Reuter-Straße. Ecke Helgoland-

für die Kinderheime der Roten Hilfe veranstaltet jeder Betrieb eine Sammlung — bewilligt jede Gemeindeversammlung — jeder Verein des werktätigen Volkes — jede Arbeiterorganisation auf einen Beitrag.

Sendet Geldspenden auf das Postcheckkonto Nr. 6276, Hamburg, „Kinderheim Barkenhoff-Worpswede“.

## Quittung

über die Spenden zu der vom ländlichen Arbeits- und Wohlfahrtsministerium genehmigten Geldsammlung für die Kinderheime der RHD Elgersburg und Worpswede.

Dr. med. Georg Eier, Kornheim 5.—

Adolf Linke, Leipzig 30.—

Baumeister Ernst Leonhard, Dresden 1.—

Verband der Maler, Filiale Leipzig 100.—

Krautverein zu Grün. Vogtl. 7.—

Willi Ohnsorge, Dömbach i. Sa. 2.—

Haus, Hainichen 5.—

Kraut Dr. med. Frieda Schäfer, Dresden 5.—

Verlagsbuchhandlung Freya, Heldensau bei Dresden 26.—

Gemeinde Borsdorf (Sächs. Schweiz) 10.—

Grundschule Unterlachenberg-Georgenhal 5.—

Gemeinde Alt-Döbel 20.—

Dr. jur. Tamme, Rösen 5.—

A. Dehne, Leipzig 5.—

Dr. med. Berger, Deutschenbora 8.—

Rechtsanwalt Dr. Klaus, Plauen 5.—

Dr. med. Gertrud Koch, Leipzig 5.—

Arthur Rebel, Architekt, Leipzig 5.—

Dr. Meyer, Leipzig 5.—

Dr. Gustav Grimm, Dresden 5.—

E. Baumann, Leipzig 50.—

Gebrüder Kohl & Co., Dresden 6.—

Gemeinde Quasnik 20.—

Ortsgruppe Schönfeld (Leipzig) 63,07

Ortsgruppe Zentrum 1 (Leipzig) 47,44

Ortsgruppe Zentrum

# Der Polizeietat der Heldt-Regierung

Gegen die Reaktion — Gegen die Militarisierung der Polizei — Für die Besserstellung der schlechtbezahlten Polizeibeamten

In der Dienstag-Sitzung des Sächsischen Landtages wurde die zweite Beratung des Polizeietats der Heldt-Regierung durchgeführt. Für die kommunistische Fraktion sprach Genosse Sievert unter anderem aus:

Unsere Einstellung zum Polizeietat steht sich mit unserer Stellung zu diesem Staat und zu dieser Regierung. Dieser Staat ist der Staat der Kapitalisten und diese Regierung die Regierung des Bürgerblöds, die die Polizei im Interesse der herrschenden Klasse gegen die Arbeiter verwendet. Deshalb werden wir den Polizeietat ablehnen.

Die Polizei soll das Eigentum des Großbürgers schützen und für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung sorgen, die die Armen hungern lässt. Liebmann hat für die Sozialdemokraten erklärt, die Polizei soll ein Organ der Republik sein. Herr Liebmann "vergibt" uns aber zu sagen, daß diese Republik die des Heldt-Blöds ist, die Kapitalisten führen sich in ihr ebenso wohl wie in der Monarchie. Deshalb ist die Stellung der Sozialdemokraten unmärkisch und widerspricht der Lehre vom Klassenfampf.

Die Kommunisten wissen und sagen den Arbeitern, daß die Justiz, die Polizei und die Kirche drei mächtige Säulen der kapitalistischen Klassenherrschaft sind. Für diesen Typus werden in Sachsen alljährlich

82 413 710 Mark

ausgegeben. Wir lehnen diese Mittel für die Machtinstrumente der Kapitalisten zur Unterdrückung der Armen ab. Das kann uns nicht schaden.

für die Besserstellung der schlechtbezahlten Polizeibeamten und der Beamtenchaft im allgemeinen einzutreten. Ebenso kämpfen wir gegen die Herrschaft der Reaktion und des militärischen Drills bei der Polizei. Alles, was im Interesse der Besserstellung der Polizeibeamten liegt, werden wir unterstützen.

Die Bürgerblödparteien haben erneut die Bezahlungsreform und die Bezahlungsverbesserung verschleppt. Dabei muß festgestellt werden, daß die schlechtbezahlten Beamtengruppen hungern und sterben. Es ist unmöglich, daß ein Beamter mit einem Monatsgehalt von 100 bis 150 RM seine Familie angemessen durch das Leben bringen kann. Deshalb fordern die Kommunisten in einem Antrag, daß als Eingangsgruppe für alle Beamten die Gehaltsgruppe 5 festgesetzt werden soll. Dass die Polizeibeamten noch sechsjähriger Dienstdauer in die Gehaltsgruppe 6, nach zehnjähriger Dienstdauer in die Gehaltsgruppe 7, nach fünfzehnjähriger Dienstdauer in die Gehaltsgruppe 8 eingegliedert werden müssen. Gleichzeitig appellieren wir über an die Polizeibeamtenchaft und machen darauf aufmerksam, daß es Hunderttausende und Millionen Arbeiter in Deutschland gibt, die nicht einmal 100 RM im Monat verdienen. Wenn diese hungrigen Massen dann auf die Straßen gehen und gegen die kapitalistische Ausbeuter-Gesellschaft demonstrieren, dann müssen sich die Polizeibeamten, die gegen diese aufgetreten werden, daran erinnern, daß sie ebenso schlecht bezahlt werden und zum Proletariat gehören. Der Polizeibeamte muß sich darüber klar sein, daß er nur im Anschluß an die Arbeiterklasse seine Lebenslage verbessern kann.

Die Kommunisten haben den wesentlichsten Teil der Anträge des Polizeibeamtenverbandes zu Anträgen verdichtet, diese Anträge im Ausschuß vertritten und ihre Annahme gefordert.

Die Kommunisten fordern die Gewährung einer Nachtdienstzulage, die Auszahlung des Bekleidungsgeldes in der Höhe des tatsächlichen Aufwandes, die unentgeltliche Überlassung der Wohnräume an die fassierten Beamten.

Ein Antrag der Kommunisten fordert die Auflösung der Staatspolizeiverwaltung und die Entfernung des Präsidenten der Staatspolizeiverwaltung aus dem Staatspolizeidienst. Wir müssen starke Kritik üben an dem militärischen Drill, der bei der Polizei üblich ist. Dieser militärische Drill, das Exerzieren, Hürdenpringen, Schießkloppen hängt zusammen mit der Kaserierung der Polizei und mit den Bereitschaften. Deshalb fordern die Kommunisten, daß die Kaserierung aufgehoben und die Bereitschaften aufgelöst werden. Die Beamten, die in den Bereitschaften gehalten werden, sind dem Einzeldienst zuzuführen. Dann ist es möglich, die andere Forderung der Kommunisten ohne weiteres zu erfüllen, daß der Dienst für die Polizeibeamten — einschließlich Unterrichtsstunden —

8 Stunden nicht übersteigen darf.

Die Kommunisten müssen verlangen, daß die schwere Bewaffnung der Polizei beseitigt wird. Panzerwagen, Handgranaten, Maschinengewehre sind umgehend zu entfernen. In einem Antrag fordern wir, daß die Gummiknüppel als Waffe bei der Polizei beseitigt wird. Neroide Beamte machen nur zu schnell von dieser Waffe Gebrauch.

Wir fordern, daß die im Staat festgelegten Beiträge in Höhe von 12 000 RM für elterne Portionen, 180 000 RM für Waffen und Munition, 120 000 RM für Schießstände gestrichen werden.

Wir fordern weiter von der Regierung, daß sie sofort gegen die in der Polizei noch üblichen Drillanordnungen Stellung

nimmt, und daß gegen alle Offiziere und Vorgesetzte, die die Polizeibeamten schikanieren und drücken, eingeschritten wird und daß sie aus der Polizei zu entfernen sind.

Während Mitglieder des Stahlhelms "helderverständlich" bei der Polizei geduldet werden, werden grundsätzlich Kommunisten oder Rot Frontkämpfer bei der Polizei überhaupt nicht eingestellt. Wir fordern volle politische Meinungsfreiheit für alle Polizeibeamten.

Die Sozialdemokraten haben durch Liebmann ebenfalls starke Kritik an der Polizei geübt. Sie haben zum Ausdruck gebracht, daß der Offiziersstab reaktionär und monarchisch ist und trotzdem werden die Sozialdemokraten den Polizeietat bewilligen. Das ist eine Habsucht. Die Sozialdemokraten stimmen — wie sie im Ausschuß festgestellt haben — gegen unsere Anträge, welche die Auflösung der Kaserierung, die Auflösung der Bereitschaften und die Streichung der Mittel für Waffen, Munition und elterne Portionen fordern. Auch das ist ein Beweis für ihre Habsucht. Wenn man die reaktionäre Polizei bekämpfen will, kann man unmöglich diese Mittel bewilligen.

Den Polizeibeamten rufen wir zu: Lasset euch nicht von reaktionären Offizieren missbrauchen. Denkt an eure schlechte Bezahlung, an die schlechte Behandlung, an den angehauften strengen Dienst.

Denk daran, daß ihr Proletarier seid.

Diese kapitalistische Gesellschaftsordnung muß verschwinden, denn

Es ist widerfällig. Hunderttausende sind arbeitslos. Millionen hungern. Der Produktionsapparat ist gewaltig ausgebaut, umgebogene Warenmengen können erzeugt werden, aber den breiten Massen fehlen die Mittel, sich die notwendigsten Dinge zum Lebensunterhalt zu kaufen. Diese Produktionsform ist ungemeinbar geworden mit der Eigentumsform.

Es ist die Aufgabe der Arbeiterschaft, diese unsinnige Gesellschaftsordnung zu beseitigen.

Von diesem Kampf wird sich die Arbeiterschaft nicht abschrecken lassen. Sie muß versuchen, auch die proletarischen Bevölkerungen in die Kampffront einzurichten. So müssen sie im vereinten Kampf gegen diese Gesellschaftsordnung vorstoßen, so werden sie auch die Grundlagen für eine neue Gesellschaft legen. (Weddeste Bravo! bei den Kommunisten.)

Zu Beginn der Sitzung am Mittwoch, dem 22. Juni, wurden in der Abstimmung sämtliche kommunistischen Anträge abgelehnt. Nur bei einem Teil stimmten die Sozialdemokraten weiteren Anträgen zu. Dagegen stimmten sie mit dem Bürgerblock unter anderem gegen die Erhöhung des Unterstützungsbeitrags, gegen die Streichung der elternen Portionen und die Bildung einer fünfzehnjährigen Kommission zur Vereinigung der Zuwendungszulage, ebenso gegen die Streichung der Beiträge für Kraftfahrzeuge, für Streichung der Beiträge für Waffen und Munition und gegen die Wahl der Polizeivollzüger durch die Polizeibeamten. Die USPD stimmte gegen sämtliche Anträge, die die Verbesserung der Lage der Polizeibeamten forderten. Das gesamte Stadtkapitel wird gegen die Stimmen der Kommunisten genehmigt. Die Sozialdemokraten stimmen — obgleich der Abgeordnete Gerlach noch in letzter Minute verhindert, eine Parteigenossen umzustimmen — mit dem Bürgerblock für den Polizeietat der Heldt-Regierung.

## Die Notstandsarbeiter am Talsperrenbau an der Lehmühle

(Arbeiterkorrespondenz)

Schon des öfteren sind die Verhältnisse, die am Talsperrenbau herrichten, in der breiten Öffentlichkeit aufgerollt worden. Was mich heute veranlaßt die Zustände, die hier herrschen, der Öffentlichkeit zu übergeben, ist ein Artikel, den am Freitag dem 17. Juni im Dippoldiswalder Tageblatt erschien. Der Artikelsteller bemüht sich natürlich, dem Leser die Geschichten so rosig wie möglich zu schildern. Wenn er verläuft, den Leuten eindringt, wie gut der Arbeiter hier verorgt wird, so ist es mit verständlich, denn er hat die große Schilderung mit Genehmigung des staatlichen Bauamtes an einem Wochenende vorgenommen und dafür möchte er doch dem staatlichen Bauamt auch einen Dienst erweilen. Was nutzt den Arbeitern ein Tag mit Blumen geschmückte Bautafel, die zum Einleben einladen, wo er bei seinem geringen Verdienst seine paar Pfennige zusammennehmen muss, wenn er überhaupt am Wochenende noch ein paar Mark für seine Familie mit nach Hause nehmen will. In der letzten Woche erhielt zum Beispiel ein verheirateter Arbeiter 350 Mark, ein anderer 5 Mark. Wenn gleich der Landtag 88 Pf. Arbeitslohn pro Stunde bewilligt hat, so hört es der Unternehmer nicht für nötig, den Lohn zu zahlen. Eine ganze Anzahl Arbeiter fahren mit dem Kraftauto nach Glashütte, wofür sie noch pro Woche gegen 4 Mark zu bezahlen haben. Ebenso hat es die Werksleitung noch nicht einmal für nötig gefunden, daß sie für die 800 beschäftigten Arbeiter Trinkwasser heranschafft, so daß man erst ein großes Stück Weg laufen muß, ehe man in den Genuss von guten Trinkwasser kommt, oder man ist gezwungen, seinen jauerverdienten Lohn in die Kantine zu tragen. Auch damit kann man keinesfalls dem Uebel Abhilfe schaffen, wenn man an den verschiedenen Arbeitsstellen Eimer mit Trinkwasser aufstellt. Oder verlangt man von dem Arbeiter, da er aus demselben Krug trinken soll, den vorher schon 30 bis 40 Arbeiter benutzt haben? (Arbeiter, trink Wasser wie das siebe Vieh ... !) Schon in januarischer Hinsicht ist diese Zumutung durchaus verwerflich. Das am Wochenende vom Lohn nicht allzu viel übrig bleibt, kann sich wohl jeder ausrechnen, dabei ist noch nicht davon gesprochen, wie es mit dem Lohn aussieht, wenn in einer Woche 1 oder 2 Regenfälle sind, wo nicht gearbeitet und keinerlei Entschädigung gezahlt wird.

Was die Arbeitsmethoden anbetrifft, bleibt auch allerhand zu wünschen übrig. Zum Beispiel werden oben am Hefler die losprengten Steinmassen heruntergeräumt, während andere Arbeiter unten mit Steinladen beschäftigt sind, wobei es leicht vorkommen kann, daß die unten beschäftigten Arbeiter erschlagen werden können. Sie sind dauernd im Gefahr ausgesetzt. Nach der Baugewerbeordnung sind diese Zustände verboten. Der Sanitäter hat schon oft gegen das verantwortungslose Handeln der Werksleitung protestiert, weil täglich Arbeiter diesem System zum Opfer fallen. Daß das Antreiberthum einiger Schachtmaster (besonders Möller) die Unglücksfälle nicht verringert, liegt wohl klar auf der Hand. Es wäre gut gewesen, wenn der Artikelstifter des Dippoldiswalder Tageblattes sich einmal in die Sanitätsabude begeben hätte, denn dort könnte er praktischen Anschauungsunterricht genießen, inwieweit die Forderungen des Sanitäters von Seiten der Werksleitung erfüllt sind. Bis vor wenigen Tagen war der Sanitäter sogar ohne jede Waschgelegenheit, was doch das allernotwendigste für ihn ist. Ebenso verhält es sich mit den Dealen. Dieser Tage ist ein Ar-

beiter verunglückt, der mit dem Auto wegzbrach werden mußte. Er lag einige Stunden im Bogenhügel und tot, konnte aber nicht gebettet werden, weil einfach nichts da ist.

Das alles leben die Herren vom staatlichen Bauamt nicht oder wollen es nicht leben. Warum bringen die bürgerlichen Zeitungen nur Berichte, die für den Arbeiter als Leidmittel dienen sollen? Warum fürchten sie sich, die standesischen Juwände, die die Arbeiter zu erringen haben, in ihrem Blättern zu bringen?

Wenn in dem angeführten Artikel gelagt wird, daß die Schlossarbeiten von außen einen überaus heimlichen Eindruck machen, so behauptet ich, daß sie von innen einen unheimlichen Eindruck erwecken. Der Feldwebel a. D. jetzt Baradewerwalter und Oberstabschafffner mit seinem Kastenholzstock, glaubt wahrscheinlich er hat Retruten vor sich. Für diesen Herrn wäre es vielleicht das Beste, wenn er einmal mit Haken und Schaufel bewaffnet, in einen Steinbruch geschickt würde, wo er 12 Stunden am Tage schuftet muss. Ich wollte ihm dann einmal fragen, wie er sich dazu stellt, wenn am Wochenende, wo jeder froh ist, noch häufig Jahren zu können, von ihm verlangt wird, er solle noch die Paraden scheuen, wie das jetzt von den Arbeitern verlangt wird. Viel macht dieser Held ohnehin nicht, und wenn er einmal einen neu hinzukommenden in seinem Buch registriert, verläßt er wegen nicht zufriedenstellender Fortsetzung nicht dort einfach, verlangt er für den Namen weitere 20 Pf. Da der Arbeiter sich weigert, das zu bezahlen, würde ihm dieser Beitrag vom Lohn gekürzt. Ich kann nur jedem Arbeiter empfehlen, daß wo anders Quartier zu verschaffen, möbel er nicht teurer kommt, damit dieser arbeiterfeindliche Baradewerwalter seine Hakenkreuzmanieren anderswo anbringen kann.

Das soll für heute genügen. Wenn es verlangt wird, werde ich nächstens mit meinem Material aufwarten.

Nur eines möchte noch der Belegschaftsvertretung gesagt werden: Es scheint mit einem absoluten Unding, daß die Belegschaft die Interessen der Arbeiter vertreten. Wie kann es möglich sein, daß die Überkundertümchen abzuwählen, wenn Delegierte selbst Überkundertümchen für 78 Pf. leihen? Warum wird die von der Belegschaft beschlossene Verbandsabteilung nicht durchgeführt? Während die Arbeiter anfangen, gegen die Zukunft zu protestieren, schlägt die Werksleitung. Meinem Vorhaben nach liegt es nun an der Belegschaft, sich eine Vertretung zu schaffen, die sich nicht hinter das Nicht führt, und die vor allem Hand in Hand mit den Arbeitern diese Missstände befehligt.

Richtigstellung. In dem Artikel in der Nummer vom 22. Juni, der sich mit den Verhältnissen bei dem Talsperrenbau Lehmühle beschäftigte, teilte uns der Kantinenwirt Max Claus mit, daß seit Eröffnung der Kantine nie Buttermilch der im Artikel beschriebene Art geführt worden ist. Es werde nur reine Buttermilch, die direkt vom Landwirt bezogen werde, zum Preise von 15 Pfennigen für den halben Liter verausgabt.

### Gewerkschaftsarbeit Brand-Eckendorf.

Die gemeinschaftliche Arbeiterbibliothek befindet sich beim Kollegen Heyne, Ortsteil B, Schellweg 88 b. Bücherausgabe: Sonntags 10—12 Uhr, Mittwochs 18—20 Uhr.

Berantwortlich für den Dresden und Ostsachsen: Bruno Goldammer, Dresden; für den gesamten übrigen Inhalt: Rudolf Renner, Dresden. — Druck: "Puvog", Druckerei Filiale Dresden

## Abenteurer des Schienenstranges

Von Jack London

(43. Fortsetzung)

"Nicht so schnell, Kamerad", sagte er überzeugend. "Als der Zug das letztemal hielt, hab' ich die Tür von außen verriegelt." Er lächelte lobend, so fest, daß die Tür verschlossen war, daß es vollkommen überzeugend klang; der "Bergmüngstende" glaubte ihm und war ganz verzweifelt.

Der Bremser stellte sein Ultimatum. Entweder geben wir ihm die zwei Dollar, oder er schlägt uns ein und übergab uns dem Polizei in White River, und das bedeutete drei Monate Steinbrüche. Gezeigt, lieber Bremser, die andere Tür wäre wirklich verriegelt gewesen! Da steht du die Un Sicherheit des menschlichen Lebens! Weil ich den einen Dollar nicht hatte, sollte ich in die Steinbrüche geschickt werden und drei Monate als Sträfling arbeiten. Und der "Bergmüngstende" auch. Ich mich einmal ganz aus dem Spiel und diente nur an den Bergmüngstenden". Wenn er nach den drei Monaten herausgekommen wäre, würde ihm vielleicht gar nichts anderes übriggeblieben sein, als die Verbrecherlaufbahn einzuschlagen. Und dann hätte er die vielleicht bei dem Verlust, sich des Geldes, das du in der Tasche hattest, zu bemächtigen, den Schädel eingeschlagen, nicht wahr? Und wenn nicht gerade dir, dann vielleicht irgendinem anderen armen, unschuldigen Geschöpfs.

Über die Tür war nicht verriegelt, und das wußte nur ich allein. Der "Bergmüngstende" und ich steckten um Gnade. Ich batte und jammerte mit, wohl zumeist, um den Bremser zu reden. Und ich tat es, so gut ich konnte. Ich erzählte eine Geschichte, die das härteste Herz erweichen haben würde, nicht aber das dieses dreigängige geldgierigen Bremers. Als er sich schließlich überzeugt hatte, daß wir kein Geld hatten, schob er die Tür zu und setzte den Riegel vor. Dann blieb er noch einen Augenblick stehen für den Fall, daß wir ihn ausgeschickt hätten und ihm jetzt die zwei Dollar bieten würden. Aber da legte ich los. Ich nannte ihm eine Karte. Ich gab ihm alle die anderen Namen. Da er mir gegeben hatte, und noch einige dazu. Ich kam aus dem Westen, wo man besonders flüchtig im Auge ist und

England sollte mich nicht übertreffen an Kraft und Reichhaltigkeit der Sprache! Anfangs versuchte der Bremser darüber zu lachen. Dann beging er den Fehler, daß er antworten wollte. Jetzt legte ich noch kräftiger los. Ich schnitt Nieren aus seiner Haut und rieb ihm flammende, geflügelte Beinamen ins Fleisch. Und dieser grohartige Wutanfall war auch nicht nur Laune und Literatur; ich war schroff erbittert auf diesen niederrangigen Menschen, der mich, weil ich keinen Dollar hatte, dreimonatiger Sklaverei ausliefern wollte. Ferner hegte ich einen geheimen Verdacht, daß er einen Anteil vom Verdienst des Polizisten bekommt. Aber ich jagte ihm gehörig die Meinung. Ich zerstörte sein Selbstgefühl und seinen Stolz, daß sie für mehrere Dollar im Werklohn kanteten. Er verzweifelte mich mit der Drohung einzuschließen, daß er hereinkommen und mir die Eingangsseite aus dem Leibe treiben würde. Dafür legte ich, daß ich ihm einen Tritt ins Gesicht verleihen würde, wenn er hereintritt. In diesem Falle befand sich der Bremser durchaus auf meiner Seite, und das lag er auch ein. Daher hielt er die Tür verschlossen und rief das tödliche Jagdpersonal zur Hilfe. Ich konnte hören, wie sie antworteten und wie der Ries unter ihren Füßen knirschte, als sie angelassen kamen. Und dabei war die andere Tür gar nicht verschlossen; aber das wußten sie nicht, und der "Bergmüngstende" stand beinahe vor Angst.

„Oh, ich war ein großer Held — mit meiner Rückzugslinie gerade hinter mir. Ich schimpfte auf den Bremser und seine Kameraden, bis sie die Tür aufriß und ich im Schein der Laternen ihre erbitterten Gesichter sehen konnte. In ihren Augen war die Sache ungeheuer einfach. Sie hatten uns in der Falle, und jetzt wollten sie herauskommen und uns verprügeln. Sie kleideten heraus. Ich trat keinen ins Gesicht. Ich riß die Tür gegenüber auf, und der "Bergmüngstende" und ich verdrückten. Das Jagdpersonal sah uns nach.

Wenn ich mich recht entzünde, sprangen wir über eine eiserne Einfriedung. Über eines weiß ich noch ganz deutlich, nämlich, wo wir uns befanden. In der Dunkelheit fiel ich über einen Grabstein. Der "Bergmüngstende" taumelte gegen einen andern Grabstein. Und dann ließen wir, wie wir noch nie gesunken waren, über den Kirchhof. Die Geister müssen sich gedacht haben: Die können aber laufen! Und das dachte das Jagdpersonal offenbar auch, denn als wir zum Riedhof heraustraten und quer über den Weg in einen dunklen Wald liefen, gaben sie die Verfolgung auf und lehrten zu ihrem Juge zurück. Als

Brunnen in der Nähe einer Farm. Wir wollten Wasser haben, bemerkten aber einen kleinen Stein, der an der einen Seite des Brunnens herabhangt. Wir zogen ihn heraus und landen an seinem Ende einen Eimer Sahne. Und näher bin ich den Steinbrüchen in Kurland nicht gewesen.

Wenn die Landstreicher die Parole ausgeben, daß die Polizisten in der und der Stadt "feindlich" sind, so muß man die Stadt meiden oder, wenn man sie doch passieren muß, vorsichtig vorsichtig sein. Eine solche Stadt war Cheyenne an der Union-Pacific-Linie. Sie war im ganzen Lande dafür bekannt, daß sie "feindlich" war, und dieser Ruf verdankte sie einer einzigen Persönlichkeit, die, wenn ich nicht irre, Jeff Carr die. Sobald Jeff Carr einen Landstreicher erblickte, wußte er Bescheid. Er ließ sich nie auf eine Diskussion ein. In einem Augenblick sah er sich den Landstreicher an, und im nächsten langte er aus, mit beiden Händen, mit seinem Stab oder was er gerade zur Hand hatte. Und wenn der Landstreicher seine Prügel weg hatte, wurde er aus der Stadt geschickt mit dem Versprechen, daß es ihm noch schlimmer ergehen würde, wenn er sich je wieder sehen ließe. Jeff Carr verstand sein Geschäft. Im Norden, Süden, Osten und Westen, die an die Grenzen der Vereinigten Staaten erzählten verprügelte Landstreicher, wie "feindlich" Cheyenne war. Ich habe Jeff Carr glücklicherweise nie getroffen. Ich passierte Cheyenne in einem Schneesturm. Damals waren wir vierundachtzig Landstreicher. Wegen unserer Anzahl war uns das meiste ziemlich gleichgültig, nur Jeff Carr nicht. Schon der Name Jeff Carr lärmte unsere Einbildungskraft und erlöste unseren Mut, und die ganze Bande hatte eine Todesangst, ihn zu treffen.

Es lohnt sich leiten, siebenzubleiben und sich mit einem Polizisten auf Erklärungen einzulassen, wenn er "feindlich" aussieht. Dann heißt es nur dafür sorgen, so schnell wie möglich wegzukommen. Es dauerte einige Zeit, bis ich das gelernt hatte, aber ein Polizist in Kenosha gab meiner Erziehung in dieser Hinsicht den letzten Schliff. Seitdem fange ich ganz mechanisch zu laufen an, wenn ich einen Polizisten vor mir auslängen sehe. Dieser ganz mechanische Vorgang ist eine der Hauptreißfedern meines Wesens geworden, und sie ist jetzt aufzutragen und zu sofortiger Funktion bereit. Ich werde das nie überwinden. Und wenn ich achtzig Jahre alt würde und auf Krücken über die Straße humpelte, so weiß ich, in dem Augenblick, wenn ein Polizist die Hand nach mir aus

## Touristenfahrt

Sonntag, den 3. Juli 1927, 5<sup>o</sup> Uhr  
ab Dresden-Terrassenufer direkt nach Stadt

Wehlen / Rathen / Königstein / Bad Schandau

Ankunft in Bad Schandau gegen 9 Uhr

Hin- und Rückfahrt bis Königstein-Bad Schandau . . . 2.—

Hin- und Rückfahrt bis Stadt Wehlen-Rathen . . . 1.50

Der Fahrschein hat nur Sonntags Gültigkeit, zur Rückfahrt kann jedes fahrplanmäßige Schiff ausschließlich Eil- und Konzerndampfer benutzt werden.

Fahrschein-Vorverkauf an der Fahrscheinausgabestelle  
Dresden-A., Terrassenufer.

Ihre  
Farben / Lacke / Firnisse

Pinsel / Schablonen

Polituren und Beizen

kaufen Sie am vorleihfesten in  
der Drogerie

Otto Wiesner, Freital-Deuben  
Sächsischer Wolf



Hermann Graubner

Destillation und Likörfabrik

**Meißen** Tel. Nr. 236  
Liköre / Fruchtsäfte / Harzer Sauerbrunnen

# Billiger Ferienverkauf!

Wir weisen mit diesem Angebot auf eine billige Einkaufsgelegenheit für die bevorstehenden Ferien hin

### Badewäsche

Frottierhandtücher	1.25, 95,-	68,-
Badetücher	.....	8.50, 695,-
Sellalappen	.....	25, 10,-
Bademützen	.....	2.50, 95,-
Badeanzüge	Mr. Damen, Herren und Kinder	1.75, 2.50,-
Bademäntel	.....	17.50, 12.50

### Leibwäsche

Kinderhemden	..... von	1.25,-
Damenhemden	.....	95,-
Hemd hose	mit Klöppelspitzen, von	1.95,-
Trikotschlüpfer	in vielen Farben	95,-
Kunstseid. Prinzessunterrocke	2.25	

6 Stck. feinste Blumenseife 95,-

### Konfektion

Kinderkleidchen	pa. Zepoir, beklebt, v.	1.25
Kinderkleidchen	Waschmaschine, v.	1.50
Kinderkleidchen	Vollvolle, v.	3.95
Bulgarenblusen	..... von	97,-
Blusenröcke	weiß od. blau, 12.50, 9.75,-	695,-
Wasdkleider	in allen Stoffarten 12.50, 6.50, 5.95,-	2.95

### Strümpfe

Kinder-Söckchen	mit Vollrand, von	75,-
Kinder-Strümpfe	schwarz od. farbig	45,-
Damen-Strümpfe	b/w, von	38,-
Damen-Strümpfe	für, von	95,-
Damen-Strümpfe	Kreide, von	1.25
Herren-Söcken	grau	95,-

### Handarbeiten

Kissenplatten	vorgezeichnet	95,-
Zierdecken	vorgezeichnet, 1.95, 1.75,-	95,-
Tablettdecken	vorgezeichnet, 65, 50, 35,-	25,-
Waschtischgarnitur	.....	1.50
Überhandtücher	1.45, 1.25,-	95,-
Klammerschürzen	1.50, 1.25,-	95,-

### Waschstoffe

Indanthrenstoffe	.....	1.50
Dirndl-Zephir	.....	95, 68,-
Wasdrifse	in vielen Farben	1.95
Vollvolle	herrliche Muster,	100 cm 3.50
Wasdmusselin	Riesen-Auswahl	95, 75,-

5 Stück Lanolinseife 95,-

Albert Langer & E. Rohr Nachf. **Pirna**  
Dohnasche Str. 2

halten wir zur Verfügung unserer Mitglieder. Die  
Abgabe erfolgt in jeder Menge zum Preise von

42 pf. je Pfund

**Konsumverein Vorwärts**

## Gasthof Wölfritz

Endstation Linie 7 / Haltestelle Autobuslinie A

Jeden Sonntag:

### Garten-Frei-Konzert und Ball

Bäder-, Reis- und

Matronenfabrikation

Arthur Völker, Sächsische

### Hamburger Kaffee-Lager

Potschappel

Kaffee, Tee, Konfitüren und alle Kolonialwaren

Freie Turnerfahrt Bischofswerda

Sonnabend, den 2. Juli

im „Neuen Bau“

### Tanzfränzchen

mit turnerischen Aufführungen

Beginn 1/20 Uhr

Es lohnt ergebnist ein

Große Messe

der Vorstand

An- und Verkauf von

Gegenständen aller Art

Neue und gebrauchte Möbel,

Posterwaren aller Art,

Kleidungsstücke

und Schuhwaren, auch auf

Teilzahlung, billigst bei

Frieda Wenzel / Bautzen

Töpferstraße 11

Die  
**Wohlwer**

Verkaufsstelle im

Central-Kaufhaus

Aleis Edstein

**Freital**

bietet Ihnen

25,-

100 Blatt Brotpapier

3 Roll. Klopftypapier

100 Bl. Filterpapier

1 Porzellantasse

1 Butterdose

50 Blatt Briefpapier

100 Geschäftskuverts

6 Fliegenfänger

3 Taschenfücher

1 Handtuch

10 Meter Spitze

1 Gros Druckknöpfe

1 Bedenklied

1 Paar Sockenhälter

für 50,-

1 Thermosersatzl.

1 Faß Fußstreicher

6 Wassergläser

1 Leinenwickler

600 g Kernseife

1 Fliegenglocke

2 Weinrömer

1 P. Scheibengardin.

1 Meter Hemdenluch

10 Meter Bettlippme

1 Besuchstasche

1 Kupon Süßerei

1 Kinderschürze

1 Paar gem. Socken

In allen anderen Abteilungen besonders billige Angebote

Sleppdecken  
Ewald Kluge

Pirna, Lange Str. 17

Materialwaren

Hausschlächerel

Reinhard Mitzsche

Zschachwitz

**Eckstein**

am Bahnhof

Potschappel

**GRÜNE WIESE**

Die beliebten

**Balltage**

Donnerstags: Herren 60, Damen 60,-

Sonntags:

Tanzmarken — Tanzbändchen

Ein jeder

Geschäftsgeber, der seinen Kundenkreis erweitern will,

inseriert

in der Zeitung der werktätigen Bevölkerung Ostsachsens,

in der

Arbeiterstimme